Im Todesfall

Ärzte in der Schweigepflicht-Falle

Stirbt ein Patient, erbitten Lebensversicherer meist zusätzliche Infos vom behandelnden Arzt. Das führt oft zum Konflikt mit der Schweigepflicht. Doch Fehler lassen sich vermeiden.

Es war eine schwierige Situation für den Herzspezialisten. Sein Patient hatte unter einer beginnenden Hypertrophie gelitten, und der Arzt hatte einen ACE-Hemmer empfohlen. Allerdings hatte der Mann die Tabletten ohne Wissen des Mediziners zwischenzeitig eigenständig abgesetzt. Er spürte keine Beschwerden mehr. Einige Jahre später starb er – an den Folgen der Herzerkrankung. Jetzt wollte der Versicherer des Mannes weitere Informationen vom Mediziner bekommen, da der Patient einige Jahre zuvor eine Risikolebenspolice zur Absicherung seiner Frau abgeschlossen hatte. Der Versicherer wollte nicht zahlen, er vermutete arglistige Täuschung.

Der Fall geht vor Gericht

Denn der Verstorbene hatte bei Vertragsabschluss zwar seine Herzerkrankung angegeben, nicht aber, dass er Medikamente eigenmächtig abgesetzt hatte. Der Fall ging vor Gericht. Viele bekann-

te Informationen kamen jetzt auf den Tisch. Darf ein Arzt in einer solchen Situation noch mehr preisgeben? Wenn ja, was?

Immer wieder stehen Ärzte vor einer solchen Entscheidung. Diese Erfahrung hat der Aachener Medizinrechtler Thomas Oedekoven gemacht. „Regelmäßig geben sich Lebensversicherer nicht mit der bloßen Todesnachricht zufrieden“, sagt er. „Um zu klären, ob die Versicherungssumme fällig ist, werden nähere Angaben zu den Umständen des Todes erbeten.“ Mediziner geraten dann mitunter in einen Konflikt mit ihrer ärztlichen Schweigepflicht.

Von Schweigepflicht entbunden?

Mit einer Risikolebensversicherung können Kunden ihre Angehörigen für den Fall des eigenen Todes absichern. Familienmitglieder oder andere nahestehende Personen erhalten eine vorher festgelegte Summe ausbezahlt, mit der sie erst einmal über die Runden kommen, wenn der Hauptverdiener tot ist. Im Fall des betroffenen Mediziners entschied das Oberlandesgericht Karlsruhe, dass der Arzt nicht von der Schweigepflicht entbunden werden darf (Az.: 12 U 57/15). Nur der Versicherungsnehmer selbst kann die Einwilligung dazu geben. Ist er gestorben, ist das unmöglich.

„In solchen Fällen sollte zunächst geprüft werden, ob der Verstorbene eine Vorsorgevollmacht erteilt hat“, rät Anwalt Oedekoven. Im Formular, das Patienten beim Bundesjustizministerium herunterladen können, besteht die Möglichkeit, Dritten die Herausgabe von Krankenakten zu erlauben, auch nach dem Tod. „Findet sich eine vergleichbare Regelung in dieser Vollmacht, so kann

der Bevollmächtigte um Zustimmung zur Weitergabe der medizinischen Angaben an den Versicherer gebeten werden.“ Hat der Patient jedoch kein solches Dokument hinterlassen, ist es komplizierter. „Streng genommen ist bereits die Herausgabe von Befunden und Krankenakten an einen Hinterbliebenen oder einen Versicherer ohne entsprechende Schweigepflichtsentbindung ein Verstoß gegen die ärztliche Schweigepflicht“, so der Jurist. Dann müssten die jeweiligen Begleitumstände geprüft werden – etwa, was der mutmaßliche Wille des Verstorbenen gewesen sei.

Grundsätzlich gilt: Der Arzt muss im Interesse des Patienten handeln, auch nach dessen Ableben. Das heißt: Bringt ein Festhalten an der Schweigepflicht dem Versicherungsnehmer oder dessen Hinterbliebenen einen Nachteil, etwa weil der Versicherer die Leistung verweigert, kann in bestimmten Fällen davon ausgegangen werden, dass der Verstorbene mit einer Schweigepflichtsentbindung einverstanden gewesen wäre. „Das könnte der Fall sein, wenn der Versicherte seiner Familie immer gesagt hat, dass das Geld aus der Versicherung für die Abbezahlung des Hauskredits bestimmt ist“, sagt Oedekoven.

Patient antwortete mit „Nein“

Im Fall des an einer Herzerkrankung verstorbenen Mannes und seines Arztes war es genau anders herum. Der Mann habe nicht arglistig gehandelt, entschieden die Karlsruher Richter. Er habe bei der Risikoprüfung dem Versicherer von seiner Herzerkrankung berichtet und lediglich auf die Frage im Versicherungsantrag: „Nehmen Sie derzeit Medikamente?“ mit „Nein“ geantwortet – was ja auch der Wahrheit entsprach. Auf Seiten des Verstorbenen sei kein Interesse an einer Aussage des Arztes auszumachen, argumentierten die Richter. Sie wiesen deswegen die Klage des Versicherers ab.

Anne-Christin Gröger

Ärzte sollen im Interesse der Patienten handeln und schweigen – auch noch nach deren Tod.